



Pressemitteilung zu den Kundgebungen in Berlin-Hellersdorf

Die Sorgen und Ängste der Flüchtlinge ernst nehmen und ihre berechtigten Forderungen durchsetzen helfen – unsere Stiftung unterstützt die Bemühungen um dezentrale Unterbringung in zumutbaren Wohnungen als soziales Menschenrecht

Während Neonazis und Rechtspopulisten dumpfen Rassismus schüren, beschwören PolitikerInnen und Massenmedien die Öffentlichkeit, doch „die Sorgen und Ängste der AnwohnerInnen ernst zu nehmen“. Wir fordern weiter, die Sorgen und Ängste der Flüchtlinge ernst zu nehmen! Dann können tragfähige Lösungen zusammen mit der Bevölkerung vor Ort gefunden werden.

»Wir sind besorgt über die schwache Akzeptanz gegenüber Vielfalt, wie sie auch die Ergebnisse der jüngsten Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigen. Deutschland ist im Vergleich zu anderen Ländern in den letzten Jahren auf dem Gebiet zurückgefallen. Wir brauchen aber einen inklusiven gesellschaftlichen Zusammenhalt, der die Pluralität der Lebensentwürfe und Identitäten als Stärke begreift, und eine Willkommens-Kultur, die auf der Akzeptanz von Vielfalt beruht.«, so
der Vorsitzende unserer Stiftung.

Die seit Monaten absehbaren Unterbringungsprobleme lassen sich aber nicht alleine durch einen Appell an eine „Willkommenskultur“ der Anwohner lösen. Vielmehr muss das soziale Menschenrecht auf eine zumutbare Wohnung, das im UN-Sozialpakt längst fest geschrieben ist, endlich auch in Deutschland umgesetzt werden.

Als gemeinnützige Stiftung, die sich für die sozialen Menschenrechte und Partizipation einsetzt, haben wir das Berliner Flüchtlingscamp/Protestcamp unterstützt, da es sich bei den Forderungen des Camps um wichtige Anliegen auch unserer Stiftung handelt. Aktuell haben wir eine Kampagne für die längst fällige Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN Sozialpakt durch die Bundesregierung gestartet.

Wir bewundern und unterstützen den Mut und die Ausdauer der Flüchtlinge, die im Flüchtlingscamp am Oranienplatz ausharren und mit vielfältigen Protestaktionen auf die menschenrechtswidrige Lage von Flüchtlingen in Deutschland hinweisen. Zu Recht verlangen Sie mehr als humanitäre Hilfe und Stellvertreter-Politik: die Durchsetzung der längst festgeschriebenem sozialen und kulturellen Rechte, insbesondere die Aufhebung des Arbeitsverbotes und der Residenzpflicht, d.h. eine angemessene frei gewählte Unterkunft sowie Bildung durch Teilnahme am Schulunterricht usw

Berlin, den 24. August 2013
Eberhard Schultz, Vorsitzender der Stiftung